

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

20 (24.1.1918)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 1.10 M., 1/4jährl. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezgl. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezgl. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezgl. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 1/2 8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 9 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Der Frieden mit Rußland und die Sozialdemokratie.

Der Veratungsstoff der Verhandlungen von Brest-Litowsk bildet noch immer eine flüssige Masse, und niemand kann mit Bestimmtheit sagen, was aus ihm, ja, ob überhaupt etwas aus ihm werden wird. Das Bestreben der Mittelmächte, in Formen des Selbstbestimmungsrechts eine Angliederung der besetzten Gebiete an den Westen zu erzielen, ist ebenso klar wie das Bestreben der Russen, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts vor Mißbrauch durch annektonistische Bestrebungen zu sichern. Die deutsche Sozialdemokratie, mögen die Alldeutschen noch so sehr darüber schreien, ist dem Standpunkt der Russen im wesentlichen beigetreten. Im Reichstag, in Fraktionsbeschlüssen, in der Presse hat sie unzählige Male ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß ein dauerndes gutes Verhältnis zu Rußland unendlich wichtiger ist als sogenannte Machterweiterungen in irgend welcher Form, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker der besetzten Gebiete in vollkommener freier Weise ausgeübt werden müsse, und daß vom sozialdemokratischen Standpunkte aus gar nichts dagegen einzumenden sei, wenn diese Länder im russischen Reichsverband verblieben.

Es ist darum auch klar, daß die Sozialdemokratie in der russischen Friedensfrage etwas anderes will, als die deutsche Regierung. Inwiefern noch Uebereinstimmung zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Mehrheitsparteien besteht, läßt sich schwer feststellen. Anhänger des Gedankens, daß man mit Rußland einen Dauerfrieden schließen und ihm zuliebe auf Gebietsverwerbungen im Osten unter Umständen verzichten müsse, gibt es in allen Parteien bis hinüber zu den Konservativen. Die Reichstagsmehrheit vom 19. Juli ist aber auf anderen Grundlagen gegründet, sie hat sich zusammengesetzt, um das Prinzip des Verständigungsfriedens ohne gewalttätige Annektonen gegen den Gedanken des Eroberungsfriedens zum Durchbruch zu bringen. Die deutsche Regierung kann nun jedoch und sagt auch, daß der von ihr angestrebte Frieden mit Rußland gegen die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli nicht verstoße, die Regierung verichert noch immer, daß sie nicht nur keine gewalttätigen Annektonen, sondern auch keine „Einverleibungen“ anstrebe, und das Selbstbestimmungsrecht der Völker achte. Solange die Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht abgeschlossen sind, ist es durchaus möglich, daß der Frieden mit Rußland im Sinne des Reichstagsbeschlusses abgeschlossen wird, ja er kann immer noch möglicherweise eine Gestalt annehmen, gegen welche auch die Sozialdemokratie keinen grundsätzlichen Widerstand erheben kann.

Das Bestreben der Sozialdemokratie muß danach darauf gerichtet sein, die Verhandlungen in Brest-Litowsk im Sinne eines wirklichen Selbstbestimmungsrechts der Völker zu beeinflussen, sie muß sich dabei allerdings dessen bewußt sein, daß ihre Absichten mit denen der Regierung nicht im Einklang stehen, daß somit ein Zustand besteht, der zu einem schweren Konflikt mit der Regierung und zu einem offenen Bruch mit der Reichstagsmehrheit führen kann. Wenn diese Folgen noch nicht eingetreten sind, so kommt das daher, daß sich die Dinge eben noch im Flusse befinden.

Der bisherige Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk hat den Beweis erbracht, daß die theoretische Ueberzeugung des Internationalismus nicht diesem selbst, sondern nur dem fremden Annektonismus dient. Der Kampf, den wir deutsche Sozialdemokraten gegen offene und verhehlerte Annektonen führen, wäre viel leichter gewesen, wenn die russische Sozialdemokratie nicht auf dem Standpunkt, nicht zu gestatten, daß durch kriegerische Gewalt Teile des deutschen Reichsgebietes von diesem abgetrennt werden, sie vertritt in diesem Sinne den Grundgedanken der nationalen Verteidigung. Die bolschewistische Regierung bekannte sich zu anderen Anschauungen. Wenn wir abgetrennt werden, sie vertritt in diesem Sinne den Grundgedanken der nationalen Verteidigung. Die bolschewistische Regierung bekannte sich zu anderen Anschauungen. Wenn wir sagen, was deutsch ist, soll deutsch bleiben, so sagt sie nicht, was russisch ist, solle russisch bleiben. In Deutschland ist nicht nur in sozialdemokratischen Kreisen, die Frage lebhaft erörtert worden, ob Rußland das Baltikum überhaupt entbehren könne oder ob es nicht durch seine Zurückdrängung vom Meere einen unerträglichen Schaden erleide. Der gegenwärtigen russischen Regierung jedoch sind solche Gedanken gänzlich vollkommen fremd. Daher der oft gehörte Einwand, man brauche in Deutschland nicht russischer zu sein, als Rußland und die deutsche Sozialdemokratie brauche nicht bolschewistischer zu sein, als die Bolschewiki.

So läßt sich aus den bisherigen Verhandlungen in Brest-Litowsk keineswegs die Lehre ableiten, daß die deutsche Sozialdemokratie eine andere Politik hätte einschlagen sollen, daß sie etwa in Deutschland dieselbe Politik hätte treiben sollen wie die Bolschewiki in Rußland. Die Behauptung, daß die Sozialdemokratie unabhängig von der deutschen Sozialdemokratie zusammengebrochen sei, ist weiter nichts als eine leere Redensart. Wir verkennen durchaus nicht, daß durch die sozialdemokratische Politik die Gefahr offener oder verhehlter Annektonen noch nicht abgewendet, ja, daß sie in

Augenblick recht groß ist. Aber wenn eine andere Gefahr abgewendet worden ist, daß nämlich auf Kosten Deutschlands offene oder verhehlerte Annektonen vorgenommen werden, so ist das schließlich auch kein ganz unbedeutendes Ergebnis, zu dessen Erreichung die Sozialdemokratie wesentlich beigetragen hat. Zudem fehlt bisher vollständig der Nachweis, daß es eine andere Politik gäbe, deren Aussichten im Kampfe gegen den Annektonismus besser wären. Die Kriegskredite ablehnen und seine Hände in Unschuld waschen, das ist schließlich doch auch nicht stets die Lösung aller Schwierigkeiten und der Weisheit höchster Schluß.

Die Sozialdemokratie hält an ihrem Ziel eines demokratischen Friedens ohne offene oder verhehlerte Annektonen unverbrüchlich fest und ist bereit, im Kampf um dieses Ziel alle brauchbaren Mittel zu verwenden. Sie will nicht nur gegen das, was ihr nicht paßt, protestieren, sondern sie setzt ihre Verjuche fort, es zu ändern; mißlingen die, so bleibt zum Protest immer noch Zeit genug. Der Protest, der uns aus Zeiten unserer hilflosen Schwäche gegenüber den herrschenden Mächten noch so sehr am Herzen liegt, daß er manchmal als das einzige Mittel der Politik erscheint — und sicher ist er das bequemste — der Protest ist immer das Zeichen einer Niederlage, und sei sie auch noch so ehrenvoll. Unser Wunsch als kämpfende Partei geht aber nicht nach einer ehrenvollen Niederlage, sondern nach dem Erfolge, auf den sich ein künftiger dauernder Frieden Europas aufbauen soll. Es ist nicht an der Zeit, gegen den Annektonismus als die geschichtlich stärkere Macht nur noch zu protestieren, sondern es ist noch Zeit, gegen ihn zu kämpfen, und das wollen wir auch weiter tun.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

Westlicher Kriegsschauplatz.

W. B. Großes Hauptquartier, 23. Jan. (Amtlich.) Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, nördlich von Souain und nördlich von Avocourt folgten starker Feuerwirkung französische Vorstöße. In heftigen Nachkämpfen wurde der Feind zurückgeschlagen. Eigene Infanterieabteilungen drangen östlich von Maloncourt in die feindlichen Gräben und schrien mit einer Anzahl Gefangenen zurück. Zwischen Beaumont und Ornes nahm die Artillerietätigkeit am Abend zu.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Fast an der ganzen flandrischen Front war am Nachmittag der Feuerkampf gesteigert. Auch südlich von der Scarpe lebte die Gefechtsaktivität wieder auf. — Bei St. Quentin wurden bei erfolgreicher Durchführung zahlreicher Erkundungen Gefangene eingeliefert.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues. Mazedonische Front. Die Lage ist unverändert. Italienische Front. Zu beiden Seiten der Brenta Artilleriekampf.

Der 1. Generalquartiermeister: Lubendorff.

Türkischer Bericht.

W. B. Konstantinopel, 22. Jan. (Nicht amtlich.) Heeresbericht. An der Palästina-Front keine besonderen Ereignisse. — In Mesopotamien griffen feindliche Flieger an; durch Abwehrfeuer wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen, die Besatzung ist tot, der Apparat verbrannt. Als Vergeltung griffen unsere Flieger ein feindliches Lager bei Kasrahin mit gutem Erfolg an. Eine feindliche Kavalleriepatrouille wurde gefangen genommen. Das im gestrigen Bericht als vernichtet gemeldete Flugzeug ist durch den Seeflieger Leutnant Schubert abgeschossen worden.

Bulgarischer Bericht.

W. B. Sofia, 19. Jan. (Nicht amtlich.) Bericht eingetroffen. Generalstabsbericht über die Unternehmungen vom 16. Jan. Mazedonische Front. Zwischen Ohrida und Prespaee und an verschiedenen Punkten um Bitolia lebhaftes Geschützfeuer. Im Czerna-Floden und südlich an Gradetsnica etwas länger fortgesetzte Feueraktivität mit kurzem Artillerietrommelfeuer. Südlich von Doiran kurze Artillerie- und Maschinengewehrfeuer. Westlich vom Botwo-See und südlich von Darakidjumaoo haben unsere Truppen mehrere englische Erkundungsabteilungen durch Feuer von Doiran von Bitolia haben deutsche Flieger einen französischen Fesselballon abgeschossen. Dobrudschica-Front. Waffenstillstand.

W. B. Sofia, 22. Jan. (Nicht amtlich.) Generalstabsbericht über die Unternehmungen am 21. Jan.: Mazedonische Front: An verschiedenen Punkten der Front, besonders südlich vom Prespa-See, nördlich von Bitolia und südlich vom Wardar-Patrouillengebiet, bei denen wir Franzosen zu Gefangenen machten. Nordöstlich vom Doiran-See und an der unteren Struma haben wir mehrere stärkere englische Patrouillen durch Feuer vertrieben. — Dobrudschica-Front: Waffenstillstand.

Feldmarschallleutnant v. Höfer.

W. B. Wien, 23. Jan. (Nicht amtlich.) Den Vätern zur Folge ist der Sektionschef im Kriegsministerium, der frühere Stellvertreter des Chefs des Generalstabes Feldmarschallleutnant Franz von Höfer plötzlich gestorben.

Heimführung der in der Moldau internierten Soldaten.

Sofia, 22. Jan. Nach langen und schwierigen Verhandlungen haben die Vertreter der bulgarischen Regierung in Buzaretsch unter Zuziehung der von dem Generalstabschef von Modenen beauftragten deutschen Offizieren in Jociani mit Abgeordneten der rumänischen Regierung in Jassy eine Uebereinkunft unterzeichnet, die die Freilassung und Heimführung aller Bulgaren aus der Dobrudschica und aus Rumänien, die rumänische Untertanen und in der Moldau interniert sind, betrifft. Die Heimführung der bulgarischen Staatsangehörigen, die durch ein anderes, am 14. Dezember getroffenes Uebereinkommen geregelt wurde, hat gestern begonnen. Die Heimführung der rumänischen Staatsangehörigen wird am 25. Januar beginnen und während des ganzen Monats Februar ihren Fortgang nehmen. In Durchführung dieses Uebereinkommens ist die erste Gruppe der heimzubefördernden 500 Personen gestern den bulgarischen Behörden übergeben worden.

Die Verhandlungen mit Rußland.

Vollstweifen und Ukrainer.

Berlin, 22. Jan. Wie die Abendblätter melden, ist von dem gegenwärtigen Vorsitzenden der Friedensdelegation in Brest-Litowsk, Herrn Zoffe, bei der deutschen Friedensdelegation die Mitteilung eingegangen, daß die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte in Charkow zwei Bevollmächtigte zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk entsandt und daß die russische Delegation diese beiden Herren als Mitglieder aufgenommen habe. Aus dem Begleitbriefstück geht hervor, daß die Regierung von Charkow dem Generalsekretariat in Kiew und der dortigen Zentralrada das Recht, im Namen der Ukraine zu verhandeln, abspriecht. Diese Körperlichkeiten stellen lediglich Organe der Bourgeoisie dar. Die Charkower Regierung, die eine Filiale der bolschewistischen darstellt sucht den Anblick an die Petersburger Regierung als an das Zentralorgan der ukrainischen föderativen Gesamtrepublik des ehemaligen Zentralreichs. Es bleibt abzuwarten, wie die Kiewer Regierung sich zu dieser neuen Sachlage stellen wird.

Sofia, 23. Jan. (W. B. Nicht amtlich.) Infolge der Vertagung der Verhandlungen in Brest-Litowsk werden die bulgarischen Delegierten, Justizminister Popow und Generalkonsul in Budapest Grojnowitsch übermorgen in Sofia eintreffen, um der Regierung Bericht zu erstatten und Anweisungen entgegenzunehmen. Der bevollmächtigte Minister Kusiew, gleichfalls Mitglied der bulgarischen Delegation, ist vorgestern hier angekommen.

Bern, 23. Jan. (W. B. Nicht amtlich.) Das einstweilige Abkommen der Ukraine mit den Mittelmächten hat in Frankreich allgemein überrast. Die Presse gibt ihrem Entzauen und ihrer Bestürzung freien Ausdruck. Die Abendblätter deuten darauf hin, daß die Mittelmächte dadurch einen Druck auf die Maximalisten ausüben und gleichzeitig auf die reichste Provinz Rußlands indirekt einwirken können. „Journal“ erklärt, die Mittelmächte hätten dadurch den einzigen ernsthaften Widerstand auf der Ostfront ausgeschaltet. „Matin“ glaubt, daß eine neue Phase in den diplomatischen Verhandlungen von Brest-Litowsk begonnen habe, die auf die allgemeine Lage zweifellos zurückwirken werde. „A. D. Deubre“ und „Humanite“ fordern die Entente dringend auf, mit der Ukraine in freundschaftliche Fühlung zu treten und sie politisch, militärisch und wirtschaftlich als Gegengewicht gegen die Maximalisten zu benutzen.

W. B. Wien, 22. Jan. (Nicht amtlich.) Wiener Korrespondenz. Der Chef des Generalstabes von Arz machte gegenüber einem Berichterstatter der „Arbeiter-Zeitung“ über den Arbeiterausstand Mitteilungen, in denen er zunächst erklärte, er hoffe, daß es gelingen werde der Arbeiterschaft die Ueberzeugung beizubringen, daß weder die Regierung noch die Heeresleitung dem Frieden irgendwelche Hindernisse bereite. Der Friedenswunsch ist bei uns allgemein. Niemand denkt an Eroberungen und Annektonen, während unsere Gegner, besonders die im Westen, noch einigermaßen davon entfernt sind auf Eroberungen und Annektonen verzichten zu wollen. Im Osten geht es einigermaßen, aber da gibt es Schwierigkeiten technischer Art, deren Behebung noch Geduld erfordert. Auch die Arbeiterschaft muß sich gebulden. Sie darf aber davon überzeugt sein, daß der feste Wille besteht, wirklich und bald zum Frieden zu kommen. Der gute Wille ist auf beiden Seiten vorhanden. Die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich, nur etwas Geduld muß die Bevölkerung haben.

Friedensdebatte im österreichischen Abgeordnetenhause.

W. B. Wien, 22. Jan. (Nicht amtlich.) Abgeordnetenhause. An die Erklärung des Ministerpräsidenten knüpfte sich eine längere Debatte. Die tschechischen und slowakischen Redner kritisierten die Verhandlungen in Brest-Litowsk. Der Palc Gloubinski vertritt auf

Zustimmung dem Feststellungsbeschluss über die Parteiverhandlungen zu übergeben!

die Besorgnisse der Polen angeht, die Stellungnahme des Generals Hoffmann und protestierte gegen die beabsichtigte Grenzverschiebung Deutschlands auf Kosten Polens durch Wegnahme des polnischen Kohlenbeckens. Der polnische Sozialdemokrat Dajcynski wendet sich gegen die Auffassung, als ob Deutschland Oesterreich gerettet hätte. Ohne Oesterreich, die Türkei und Bulgarien hätte Deutschland sich der Feinde gar nicht erwehren können. Ein Rutenen protestierte gegen die Angliederung ruthenischer Gebiete an Polen. Der Sozialdemokrat Adler erklärte, die Sozialdemokratie verlange nicht einen Druck auf Deutschland oder das Unmögliche, daß Deutschland sich plötzlich unter die Führung Oesterreichs beuge. Wenn man in Berlin sagt „Für uns Triest wie Straßburg“, dann darf man sich nicht aufregen, wenn Graf Czernin antwortet: „Wir ist Straßburg wie Triest“. Der christlich-sozialen Mateja betonte, auch die Christlich-Sozialen ständen auf dem Boden eines Verständigungsfriedens.

Die Lage im neuen Rußland.

Wl. Petersburg, 23. Nov. (Nicht amtlich.) Bei Tel.-Ag. Die von Charkow nach Kulkawa abgegangenen Abteilungen der Sowjets lieferten eine Schlacht gegen die Truppen der Naba von Kiew. Die Truppen der Naba wurden vollkommen geschlagen. Die Stadt ist in den Händen der Abteilungen der Sowjets. In der vereinigten Sitzung der Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte wurden die Vertreter des ausführenden Zentralausschusses von Charkow mit Begeisterung begrüßt. In Kulkawa herrscht allgemeine Freude.

Wl. Petersburg, 23. Jan. (Nicht amtlich.) Bei Tel.-Ag. Die Volkswirtschaft sind benachrichtigt worden, daß die Polizei die Wörter Tschingarew und Kofolschins gefunden hätte.

Wl. Petersburg, 23. Jan. (Nicht amtlich.) Bei Tel.-Ag. Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm in seiner Sitzung am 20. Januar folgende Entscheidung an: Der Arbeiter- und Soldatenrat hat erfahren, daß Tschingarew und Kofolschins im Hospital getötet worden sind. Er verurteilt ein solches Verbrechen. Die Arbeiterklasse wird niemals billigen, daß unsere Gefangenen angefaßt werden. Mög ihr politisches Vergehen an dem Volke und an der Revolution noch so berechtigt sein, der Arbeiter- und Soldatenrat fordert die Soldaten und Arbeiter auf, in ihrer Gesamtheit ein solches Verbrechen zu tadeln und ordnet alles an, damit die revolutionäre Ordnung aufrecht erhalten bleibt. Der Arbeiter- und Soldatenrat billigt die von den Volksbeauftragten getroffenen energischen Maßnahmen.

Das Verbot des „Vorwärts“ vor dem Hauptausschuß des Reichstags.

Berlin, 22. Jan. Im Hauptausschuß des Reichstags wurde die Debatte über die Zensurmaßnahmen fortgesetzt. Der „Vorwärts“ war am Montag Mittag verboten worden, weil er trotz Verbots über die Anstandsbegehren in Oesterreich berichtet hatte. In der Debatte über diese Maßnahme der Zensur ergänzte laut „Fritz. Ztg.“ Major Grau seine früheren Ausführungen. Am Sonntag Abend wurde der Höllebehörde bekannt, daß zwei Berliner Blätter Artikel über Oesterreich-Ungarn vorbereitet hätten. Auf Vorstellung hat das eine Blatt den Artikel zurückgestellt, der „Vorwärts“ dagegen nicht und sein Artikel enthielt Äußerungen, die eine Durchbrechung des Verbots darstellten, das erlassen war, weil Mitteilungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn den Feinden Agitationsmittel hätten in die Hand geben können. Nicht nur von der Zensur, sondern auch von Pressevertretern wurde der „Vorwärts“-Artikel so aufgefaßt. Es ist richtig, daß auch andere Blätter gegen das Verbot verstoßen haben. Gegen sie wird eingeschritten werden, allerdings nicht mit einem Verbot.

Abg. Haase (unab. Soz.): Da die österreichischen Pressemitteilungen über die Bewegung berichteten, war das feindliche Ausland unterrichtet. Die Maßnahmen der deutschen Zensur konnten also den beabsichtigten Zweck gar nicht erreichen. Das deutsche Volk sollte überhaupt nicht etwa objektiv unterrichtet, sondern in einer bestimmten Richtung beeinflusst werden und das geschah, während hier die lebhaftesten Klagen über die Maßnahmen der Zensur erhoben werden. Die Bewegung in Oesterreich-Ungarn ist offensichtlich eine ganz gewaltige, und bis heute weiß unsere Regierung noch nicht, wie die Dinge verlaufen werden. Das Verbot des „Vorwärts“ ist, wie viele andere, schändlich und unartig.

Abg. Gothein (Fortschr. Fr.): Die Zensur hat in diesem Falle mit traditioneller Ungeheuerlichkeit gehandelt. Lediglich einem Teil des deutschen Publikums wird der wichtige Sachverhalt vorenthalten. Während wir hier verhandeln wollen, wird nur auf antikontrollierbare Gerüchte hingewiesen. Das Kriegspresseamt war vollends hilflos. Es besteht sogar eine Zensurverordnung, die Mitteilungen über Erdbeben verbietet.

Abg. v. Gräfe (K.): Das Verbot, über Dinge in Oesterreich-Ungarn zu berichten, ist in der Tat nicht recht zu verstehen und verhängnisvoll. Das Ausland hat Gelegenheit genug, sich zu informieren. Das Auswärtige Amt hätte die sicheren Nachrichten sofort der Öffentlichkeit mitteilen sollen. Bedauerlich ist allerdings, wie schlecht es selbst informiert ist. Allerdings ist ein Verbot besteht, so muß es auch durchgeführt werden. Deshalb ist die Entziehung über das Verbot des „Vorwärts“ ungerechtfertigt. Ich weiß nicht, ob andere Blätter so deutlich gewesen sind wie der „Vorwärts“. Erstauskunft ist es, daß Abg. Ebert sich solidarisch erklärt mit der österreichischen Bewegung. Das ist eine deutliche Drohung an den Reichstanzler.

Abg. Krimborn (Z.): Unter Umständen konnte Veranlassung vorliegen, Mitteilungen über die Streibewegung zu verbieten. Ein solches Verbot war jedoch in diesem Fall unartig, da das Ausland die Dinge doch erfährt und die Unruhen im Inland durch das Verbot nur gestärkt werden könnten.

Abg. Stresemann (nl.): Die Form, in der der „Vorwärts“ die Mitteilungen brachte, war aufreizender, als wenn geschrieben worden wäre „Streibewegungen in Oesterreich“. Ist ein Verbot erlassen, so muß es auch gleichzeitig durchgeführt werden. Das können die Zeitungen in ihrem Geschäftsinteresse verlangen. Das allgemeine Verbot ist sehr bedenklich. Gerade dann bilden sich die wildsten Gerüchte. Was uns jetzt amtlich mitgeteilt wird, ist doch beschämend dürftig. Auf die Art der amtlichen Berichterstattung müssen wir bei der ersten passenden Gelegenheit zurückkommen.

Abg. Fehr. v. Gump (D. Fr.): Der Streit war ein Hungerstreik, das hätte man veröffentlichen sollen, damit nicht erst die

falsche Auffassung entsteht, es handle sich um einen politischen Streit.

Abg. Scheidemann (Soz.): Drohungen haben wir nicht ausgeprochen, auch niemals früher. Die gute Absicht der Zensurstellen wollen wir nicht bestreiten, aber bisher haben alle Redner die Maßnahmen für verfehlt erklärt. Der Redner rechtfertigt die beanstandeten Stellen in dem Artikel des „Vorwärts“. Wenn sie falsch verstanden wurden, so liegt es an der Verheimlichung der Tatsachen durch die Zensurmaßnahmen. Schlimm, wenn das Auswärtige Amt auf derlei amtliche Meldungen angewiesen ist. Woher wußte die Zensurstelle, daß zwei Berliner Blätter Artikel vorbereitet? Aus der „Vorwärts“-Redaktion hat niemand vorher davon etwas verlauten lassen. Es ist interessant und schämig genug, daß wir hier diese Dinge erfahren. Nach dem eigenen Geständnis des Majors Grau haben andere Zeitungen das Verbot übertreten ohne verboten zu werden. Wo sind militärische Interessen durch den Artikel des „Vorwärts“ gefährdet? Das Verbot sollte man sobald wie möglich wieder aufheben. Keine Stimme im Ausschuß hat sich dafür erhoben.

Unterstaatssekretär Fehr. von dem Busche weist die Angriffe gegen das Auswärtige Amt zurück.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.): Beim „Vorwärts“ sollte die Genehmigung getroffen werden. Es handelt sich um einen troffen Fehler politischer Zensur. Bei allen Generalkommandos herrscht in dieser eigenen Sache dieselbe Praxis. Von welcher Zensurstelle gehen die Anweisungen aus? Es ist unbegreiflich, daß das Auswärtige Amt keine weiteren Nachrichten besitzen sollte, als die uns mitgeteilt.

Abg. Seine (Soz.): Es ist schwer zu glauben, daß das Auswärtige Amt so schlecht unterrichtet ist, wie es sich stellt. Wir wollen die inneren Zusammenhänge wissen. Die Zensur legt es darauf an, die öffentliche Meinung in Deutschland zu belügen. Was hat der Streit mit der Kriegsführung zu tun? Nebenberuflich wird auch auf diese Weise nicht geschaffen, sondern das Vertrauen wird nur untergraben. Der Artikel des „Vorwärts“ verstoßt nicht gegen das Verbot, denn er enthält gar keine Nachrichten über die Vorgänge. Das Verbot der österreichischen Sozialdemokratie zur Friedenspolitik des Grafen Czernin entspricht dem Willen der deutschen Arbeiter.

Major Grau: Schwere militärische Interessen sind gefährdet, wenn die Zensur verhindert ist, ihre Aufgaben zu erfüllen. Dieser Standpunkt ist von der Presse stets genügend worden. Von Spitzeln: Ist keine Rede. Das Generalkommando hatte keine Kenntnis, daß im „Vorwärts“ ein Artikel vorbereitet werden, sondern hat den „Vorwärts“ lediglich auf das Verbot aufmerksam gemacht. Ueber das Wiedererscheinen schweben Verhandlungen, es wird voraussichtlich demnächst erfolgen.

Abg. Dowe (F. V.): Die Tatsache des Streiks besteht. Unsere Regierung muß sich doch genau informieren und zwar täglich. Öffentlich geschieht dies bis zur politischen Debatte. Was wir hier erleben, ist ein Musterbeispiel, wie es nicht gemacht werden darf.

Abg. Dr. Daviß (Soz.): In der Türkei ist der Belagerungszustand aufgehoben. Was die Türkei konnte, kann das Deutsche Reich auch.

Abg. Gräfe (K.): Das Verbot des „Vorwärts“ war die logische Folge des allgemeinen Verbots.

Weiterberatung Mittwoch.

Berlin, 23. Jan. (Wl. Nicht amtlich.) Der Hauptausschuß des Reichstags nahm heute nach kurzer Erörterung eine von allen Parteien unterstützte Entscheidung an, die den Reichstanzler ersucht, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit das Erscheinungsverbot des „Berliner Tageblatts“ alsbald wieder aufgehoben werde. Sodann verwies der Hauptausschuß des gestrigen Unter Ausschusses angenommene Gesetz zur Abänderung des Kriegszustandgesetzes vom 4. Dezember 1916 an den Unter Ausschuß zurück, dazu einen Antrag Gothein, wonach gegenüber den Anordnungen der militärischen Befehlshaber in Bezug auf die Einhaltung der Zensur sowie des Vereins- und Versammlungsrechtes der Reichstanzler Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle sein soll. Der Hauptausschuß wird nachmittags nochmals zusammenkommen. In der Zwischenzeit tagt der Unter Ausschuß.

Aus der Partei.

Der „Vorwärts“ verboten.

Der „Vorwärts“ löst am Dienstagmorgen diese Benachrichtigung verbreiten:

An unsere Leser! Laut Verfügung des Oberkommandos in den Marken ist das Erscheinen des „Vorwärts“ zunächst auf 3 Tage verboten.

Es ist uns gestattet, unsere Leser von der Tatsache des Verbots mit der Maßgabe zu benachrichtigen, daß das Verbot „wegen Nichtbeachtung einer allgemein gültigen Zensurverordnung“ ausgesprochen worden ist.

Redaktion und Verlag des „Vorwärts“.

Die „Frankfurter Volksstimme“

bringt in ihrer gestrigen Nummer 19 an der Spitze des Blattes folgende „Erklärung der Redaktion“:

Umstände, die wir jetzt nicht ändern können, nötigen uns, einmündlich auf jeden Ausdruck unserer politischen Anschauungen zu verzichten. Die „Volksstimme“ wird vorläufig nur das Echo fremder Meinungen sein. Die Redaktion.

Ausland.

Paris, 23. Jan. (Wl. Nicht amtlich.) Gagos, Verpflegungsminister Borot empfing die Bürgermeister von Paris und Umgebung zum Zwecke der Reglementierung des Brotverbrauchs und setzte sich für die Verbesserung der amerikanischen Lieferungen zu bewerten und genügende Samenmengen für die Frühjahrsaussaat bereitzustellen. Jede Person, Frauen und Kinder inbegriffen, wird das Recht haben in Paris und dessen Umgebung vom 29. Januar ab eine Ration von 300 Gramm Brot bei jedem Bäcker zu entnehmen gegen Abgabe von Vollkornbrotmehl. Die Organisation wird nach und nach auf die großen Städte ausgedehnt werden.

Kristiania, 23. Jan. (Wl. Nicht amtlich.) In einer Massenversammlung der norwegischen Arbeiterpartei wurde gestern von 3000 Anwesenden einstimmig beschlossen, im Hinblick auf die Lebensmittel- und die drohende Hungernot und auf die deshalb nötige Steigerung der einheimischen Produktion die Einstellung jedes Militärdienstes und die Umwandlung der Militärindustrien zum Vorteil der Steigerung der Produktion zu verlangen.

Deutsches Reich.

Die Reichstagswahl in Bauen.

Herr Budor, der im ersten Wahlgange für die Fortschrittliche Volkspartei kandidierte, schreibt an die „Frankf. Ztg.“: „Die Wahlkreis-Organisation der Fortschrittlichen Volkspartei und ich persönlich werden für die Stichwahl, die am 25. Januar stattfindet, die fortschrittlichen Wähler auffordern, zeitlos ihre Stimmen dem Vertreter der Mehrheitsparteien und das ist der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Ullig, zuzuführen, und ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die fortschrittlich gestimmten Wähler dieser Parole Mann für Mann folgen, wie es die politische Pflicht gebietet.“

Die „Sächs. Volksztg.“ (Nr. 15 vom 18. Januar) bringt an der Spitze des Blattes folgende Erklärung: Zur Stichwahl im Bauen-Kamern lassen sich Dresdener Blätter aus Bauen melden: „Entgegen der „Sächs. Volksztg.“, dem Organ des sächsischen Zentrums, erfahren wir, daß die Reichsleitung des Zentrums beabsichtigt, zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten aufzufordern. Zentrumsabgeordneter Erzberger wird nach dem Wahlgang beordert, um sein persönliches Gewicht in diesem Sinne in die Waagschale zu werfen. Mindestens wird Erzberger von sich aus eine entsprechende Parole ausgeben.“

Demgegenüber hat die Zeitung der Zentrumsparlei im Königreich Sachsen zu erklären: In der ganzen Mitteilung ist kein wahres Wort. Die Reichsleitung des Zentrums hat sich nicht in die Wahlangelegenheiten von Bauen-Kamern gemischt und beabsichtigt auch nicht dies zu tun. Der Abgeordnete Erzberger ist weder in den Wahlkreis beordert worden, noch hat oder wird er die Parole zugunsten der Wahl des Sozialdemokraten ausgeben. Alle Instanzen des Zentrums erwarten, daß die Anhänger der Zentrumsparlei zeitlos für den konservativen Kandidaten am 25. Januar eintreten.

Eine bürgerliche Warnung an die Adresse der Wahlreform-verschlepper.

In seinem Montag-Beitrag schreibt Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“:

„Wollen die Konserbativen und sozialindustriell-nationalliberalen Wahlreformverschlepper durchaus neue Gefahren zu denjenigen kaufen, die in genügender Maße das Land bedrohen? Es scheint, daß diesen preussischen Oligarchen die Verantwortung, mit der sie sich belassen, nicht völlig klar vor Augen steht. Außerhalb des Deutschen Reiches sind Dinge vorgegangen, von denen das deutsche Publikum nichts weiß. Indessen, den preussischen Abgeordneten dürfte der Gang der Tagesereignisse doch nicht völlig unbekannt sein. Halten sie sich für so klug, daß sie nichts zu lernen brauchen, und für so imponierend, daß aus Respekt vor ihnen das Wasser nicht steigt? Vergeblich hat die wohlmeinende Regierung die konservativ-nationalliberale Weisheit des Abgeordnetenhauses warnend auf die Folgen, die ihr selbstthätiger Widerstand für das Land und für den Verlauf des Krieges haben könnte, aufmerksam gemacht... Die Situation ist wirklich nicht so beschaffen, daß man sich unbedenklich eine Politik gestalten dürfte, die den weitaus am schwersten duldenden Volksschichten klar den unergänzlichen Sturz der Reichspäter zeigt.“

Wenn der Krieg müß.

Die ungeheure Steigerung der Grundrente während des Krieges wird durch die Erhöhung der Preise für landwirtschaftlich benutzten Grund und Boden am besten charakterisiert. Dafür wieder ein paar Beispiele: Ein in der Nähe von Benzlin (Mecklenburg) gelegenes Gut, das erst vor einem Jahre von seinem bisherigen Besitzer mit 1 1/4 Millionen Mark bezahlt worden war, ist jetzt für 2,35 Millionen Mark, also mit einem Gewinn von 600 000 Mk. weiterverkauft worden. In der Mark Brandenburg und angrenzenden Gebieten sind nach verlässlichen Quellen Rittergüter unter einigemmaßen normalen Bedingungen überhaupt nicht mehr häufig zu erwerben.

Der Volksbund für Vaterland und Freiheit.

Das erste Gineastreten des Volksbundes für Freiheit und Vaterland in die Öffentlichkeit durch seinen Aufruf und Mitgliederversammlung vom 7. ds. hat sofort den Beweis erbracht, wie dringend notwendig eine Organisation wie diese ist. Täglich laufen bei der Geschäftsstelle zahlreiche, oft begeisterte Kundgebungen und Beitrittsverpflichtungen aus allen Berufskreisen und aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes ein, ebenso zahlreiche Anfragen und Aufnahmeforderungen aus dem Felde, die deutlich zeigen, daß auch bei unseren kämpfenden Brüdern die Bestrebungen des Volksbundes für Freiheit und Vaterland volles Verständnis und begeisterte Zustimmung finden. Die Bildung von Ortsgruppen ist an vielen Orten bereits tatkräftig in die Hand genommen worden. Ueberall zeigt sich großer Eifer und lebhaftes Interesse, das sich auch in den sehr zahlreichen Anfragen nach den bisher erschienenen Drucksachen kundgibt. Ramentlich ist die Nachfrage nach den in der vorbereiteten Veranlassung vom 14. November 1917 gehaltenen Reden der Herren Reichstagsabg. Giesbers, Geheimrat Reimede und Reichstagsabg. Bauer; ebenso sind schon zahlreiche Bestellungen auf die Reden von Geheimrat Prof. Dr. Troeltsch, Reichstagsabg. Legien und Herrenhausmitglied Stegerwald in der Mitgliederversammlung vom 7. Januar 1918 eingegangen, die in den nächsten Tagen zur Verendung gelangen werden. — Die Geschäftsstelle ist nach Berlin W 30, Nollendorfer Straße 22, verlegt worden.

Baden.

Küritritt Dr. Wittmanns.

Wie der „Staatsanzeiger“ meldet, ist der langjährige Direktor des Gr. Gewerbeaufsichtsamts (Fabrikinspektion) Geh. Oberregierungsrat Dr. Karl Wittmann in seinem Ansuchen entsprechend wegen vorgerückten Alters in den Ruhestand versetzt und zu seinem Nachfolger das Mitglied des Gewerbeaufsichtsamts Oberregierungsrat Dr. Föhlisch ernannt worden. Von all den verschiedenen Veränderungen der letzten Zeit in der badischen Staatsregierung wird der Küritritt Dr. Wittmanns wohl die einzige sein, die auch in der Arbeitererschaft aufrecht bedauert wird. Wir werden auf die Tätigkeit Dr. Wittmanns als badischer Fabrikinspektor noch zurückkommen.

Der neue Leiter des Gewerbeaufsichtsamts Dr. Föhlisch ist von Beruf Chemiker und steht seit 1894 im Dienst der badischen Fabrikinspektion. — Weiter wurde Obergewerbeinspektor Dr. Fr. Rihmann beim Gewerbeaufsichtsamts, zu dessen Mitglied ernannt.

Durlach, 23. Jan. Auszeichnung. Wie aus dem Felde berichtet wird, ist der Wehrmann Ludwig Erdwein, 3. Kl. bei einem Landwehr-Inf.-Regt. zu dem Eisernen Kreuz 2. Kl. welches er im Oktober v. J. für erwiesene Tapferkeit vor dem Feind verliehen erhielt, vorigen Monat noch mit der badi-schen silbernen Verdienstmedaille ausgezeichnet worden.

Mannheim, 23. Jan. Der Bürgerausschuß beschloß gestern in seiner Sitzung die Einführung der Luftverkehrssteuer mit 57 gegen 43 Stimmen. Die Sozialdemokraten stimmten geschlossen dagegen. Der Bürgerausschuß befaßte sich dann mit dem Voranschlag des Hof- und Nationaltheaters, der einen Zuschuß von 914 000 Mk. oder 225 000 Mk. mehr als im Vorjahre erfordert. Der Voranschlag wurde einstimmig angenommen. Der Oberbürgermeister hatte in der Debatte angeregt, um das große Personal vollständig auszunutzen, ein zweites Theater zu bauen, wodurch die Einnahmen erhöht werden könnten. Weiter bewilligte das Kollegium für den Etat zur Errichtung eines Säuglingsheimes weitere 254 000 Mk. (Ertragsmittel aus dem durch die Kriegsfürsorge entlasteten Armenwesen) und 465 000 Mk. für Betriebserweiterungen des Gas- und Elektrizitätswerkes.

Badischer Landtag.
Zweite Kammer. — 13. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 23. Januar.

Präsident Dr. Zehner eröffnet um 14 Uhr die Sitzung. Das Haus fährt fort in der Beratung des

Voranschlags des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Minister Dr. Hübsch gedenkt gleichfalls der unter den Fährten stehenden oder auf dem Felde der Ehre gefallenen Lehrer und Schüler in dankbaren Worten und spendet der Heimarbeit der Lehrer warme Anerkennung, in welcher er die Geistlichkeit beider Konfessionen einbezieht. Der Minister zollt weiter seinen Mitarbeitern und der gesamten Beamenschaft der Unterrichtsverwaltung volle Anerkennung und dankt und besagt im folgenden die Förderung von Tugend und Sittlichkeit in weitestgehenden Kreisen der Schuljugend, vor allem der Fortbildungsschüler. Hier besonders einzugehen ist Aufgabe der weitesten Kreise. Den gehörten Wünschen um Gewährung eines staatlichen Zuschusses an die Geistlichen beider Konfessionen stellt die Regierung wohlwollend gegenüber. Bei der Beschlagsnahme der Gloden ist aus anregend worden, die Bronceordensträger unserer Kriegsgewand nutzbar zu machen. Ich kann mitteilen, daß augenblicklich in Berlin eine Kommission tagt, die sich mit dieser Frage beschäftigt. Kurze zur Förderung der Auslandskennntnisse sind auch bei uns in Baden in Aussicht genommen. Im Mai dieses Jahres wird in Heidelberg ein solcher Kurs für Auslandskennntnisse abgehalten werden. Was die künftige Behandlung der Ausländer an unseren Hochschulen anbelangt, ist werden wir gewiß mit Vorzucht vorgehen müssen. Ein einheitliches Vorgehen sämtlicher Hochschulen in dieser Frage wäre erwünscht. Den Kriegsteilnehmern werden die Hochschulen nachvollend entgegenkommen. Der Einführung eines 3. Semesters kann ich nicht zustimmen. Die künftigen baulichen Erweiterungen an den Universitäten hängen von unseren Finanzen ab, das gilt auch für den Neubau der durch Fliegerangriff zerstörten Anatomie in Freiburg. Die Frage der Verleihung einer akademischen Würde nach größeren finanziellen Leistungen ist eine recht schwierige. Da die Zahl der nichtberufsbahrenden Lehramtskandidaten trotz der durch den Krieg verursachten Lücken immer noch eine große ist, bleibt sie eine Sorge der Unterrichtsverwaltung. Die Jugendwehr hat in den letzten beiden Jahren einen neuen Aufschwung genommen. Die Fürsorge für die Gesundheit der Schüler wird nach dem Kriege ausgebaut werden. Die Weiterverwendung aller Lehramtskandidaten, die jetzt im Kriege eingezogen sind, kann nicht mit Bestimmtheit zugesagt werden. Die Unterrichtsverwaltung wird sich aber auch hier bemühen, nicht mit Unrecht das Lohnen, was diese Lehramtskandidaten im Kriege geleistet haben. Den Landgemeinden sage auch ich für die Aufnahme der Stabtkinder herzlichen Dank.

Hg. Weiß (Ztr.) begrüßt es, daß die Regierung bereit ist, alle Reibungen zwischen Staat und Kirche zu vermeiden und befürwortet die Notwendigkeit der Aufbesserung der Gehälter der Geistlichen. Bei der Erhaltung unserer wertvollen Gloden sollte die Regierung ihr Möglichstes tun. Daß so und so viele Denkmäler zweifelhaften Kunstwertes unverschert bleiben und die Gloden von den Kirchenräumen genommen werden, verurteilt das Volk nicht. In unserer Auslandspolitik können wir manches von unseren Feinden lernen, auch in der Behandlung der Missionen.

Eine religionslose Schule würde unserer Schule nicht aus helfen, deshalb verlangen wir geistlich, religiös gefestigte Lehrer. Die Lehrereminarien müssen hier die Grundlage geben. Vielfach wurden aber die Lehrer verheiratet, keine Organisationsdienste mehr abzuhalten. Hoffentlich zeigen sich diese Erscheinungen nicht mehr. Vergessen wir nicht die Bedeutung der Mütter im Dienste der Erziehung, auch wenn sie das aktive und passive Wahlrecht noch nicht haben. Auf das Gymnasium können wir nicht verzichten. Die klassischen Sprachen sind ein wirkliches Erziehungs- und Bildungsmittel. Bei der Bezeichnung der katholischen Lehrkräfte an den Universitäten muß größere Freiheit und weniger Voreingenommenheit herrschen. Wenn alle Kräfte zusammenhalten muß es möglich sein, in der Erziehung der Jugend die Schäden, die während des Krieges zutage getreten sind, wieder auszugleichen.

Hg. Spang (Zentr.) bemängelt, daß für die Gloden, aber noch nicht bezahlte Gloden keine Zinsen bezahlt werden. Die Ablieferung der Gloden lasse überhaupt viel zu wünschen übrig und rufe viel Unzufriedenheit unter der Bevölkerung hervor. Eine Verleihung der Reichstagsmehrheit und damit eines sehr großen Teiles des Volkes hat sich der Universitätsprofessor Dr. Hoche in Freiburg geleistet, indem er in einer Versammlung der Vaterlandspartei in Freiburg die Reichstagsmehrheit eine „impotente Schwäbegerellschaft“ nannte. Ich kann wohl dem Herrn Professor Hoche mildernde Umstände zubilligen, denn er ist ja Professor der Psychiatrie; für die Kennzeichnung der Verleumdung fehlt der parlamentarische Ausdruck und ich möchte den Herrn Minister bitten, hier einmal nach dem Rechte zu sehen.

Hg. West (Unabh. Soz.) verbreitet sich über die Vorbildung der Mädchen für das Gymnasium und das Mädchenstudium. Die Erziehung beider Geschlechter zusammen werte nach Mitteilung von Schulmännern nicht entzweifelnd, wie man das auch beim Wandervogel gesehen hat. Mit der Zwangsverziehung sollte sobald als möglich ein Ende gemacht werden. Beim Studium der Ausländer an unseren Hochschulen darf man nicht engherzig sein; man sollte keine Studenten zweiter Klasse schaffen.

Hg. Hummel (N. L.) Der Verrohung der Jugend, die ja nicht zu beschreiben ist, muß man die großen Leistungen der Jugend in Fabriken und der Landwirtschaft gegenüberstellen. Man darf hier nicht einseitig urteilen und muß berücksichtigen, daß die geringe Beachtung der Gesetzesvorschriften durch die Erwachsenen in gewisser Hinsicht auf die Jugend abgefärbt hat. Für die technische Hochschule wird es eine besondere Aufgabe sein, sich in größerem Umfang um das Schicksal ihrer Studierenden nach dem Abgang von der Hochschule zu kümmern und die soziale Lage der Techniker und Ingenieure ins Auge zu fassen. An der Karlsruher Akademie der bildenden Künste stehen Lehrkräfte leer. Ich möchte wünschen, daß man mögl. bald daran geht, die verwalteten Stellen an der Akademie mit Kräften zu besetzen, die das Vertrauen der Jugend für sich haben, dann aber auch, daß die vermögenden Schichten der Karlsruher Bevölkerung in Zukunft in umfassenderem Maße als bisher die Kunst durch Aufträge unterstützen. In unseren Schulen muß in höherem Maße die Selbstständigkeit der Schüler angestrebt werden, besonders in den naturwissenschaftlichen Fächern. Bei der Abänderung des § 137 des Volksschulgesetzes, die vom Zentrum verlangt wird, muß man eine breitere Basis schaffen und auch die konfessionslosen Schulen in Betracht ziehen, ferner die bis jetzt nicht mögliche Schaffung von Privatanstalten ohne Religionsunterricht, sowie die Möglichkeit für Lehrer den Religionsunterricht zu verzweigern. Ich gehe zu, daß für die Errichtung von Privatanstalten, wie sie die Kirche will, ein Bedürfnis besteht, um minderbemittelten Schülern den Aufstieg zu ermöglichen.

Hg. Gerber (nack.) regt die planmäßige Organisation der schularztlichen Untersuchung an den Schulen an. Der Redner bespricht im folgenden den von dem Hg. Venedy vorgeschlagenen Fall, wonach in einer Vorzeimer Schule den Schülern die Aufgabe gestellt wurde, einen Brief an den Reichstagsabg. Willm für Erörterung der Ostprovinzen zu schreiben. Der Redner verliest einen Artikel des „Vorzeimer Anzeigers“, wonach der Lehrer neutral gehalten und zwei Aufgaben gestellt habe, nämlich einen Brief für Gewinnung und einen gegen Gewinnung der Ostprovinzen zu schreiben. Im weiteren verurteilt der Redner, daß man dem Schülerchor die Mitwirkung bei der heutigen Reichsgründungsfeier der Vaterlandspartei verboten habe.

Hg. Marum (Soz.) billigt die Maßnahme des Ministeriums in der eben erwähnten Angelegenheit. Die Vaterlandspartei veranstaltete nur deswegen eine Reichsgründungsfeier, um hier ihr Stüppchen zu kochen. Gemeinjam für alle Schulen ist der Grundsatz: Freie Bahn dem

Lüchtigen! Deshalb sollten für die tüchtigen Schüler Mittel in reichem Maße in das Budget eingestellt werden. Der Akademie der bildenden Künste tut frisches Blut not. Die Verleihung des Ehren doktors nach größeren Geldspenden macht immer einen sonderbaren Eindruck. Man sollte auch den Schein vermeiden. Ich bin der Meinung, daß man Herrn Professor Hoche wegen seines Ausdrucks in seiner amtlichen Stellung nicht schädigen sollte; im politischen Leben steht Professor Hoche Freiheit zu; dasselbe Recht darf er aber nicht nur für sich in Anspruch nehmen, auch für die anderen Parteien muß es Geltung haben. Die Anwesenheit ausländischer Studenten kann zur Völkerverständigung beitragen.

Hg. Baumbach (N. Lgg.) erklärt, den Anforderungen des Kultussekretärs zustimmen zu wollen. Die Verrückung der Pfarren ist nur unterstützenswert. Der Gedanke der Schaffung eines Lehrstuhls für Missionen ist mir sympathisch. Der Redner bringt dann noch verschiedene Wünsche aus seinem Wahlbezirk vor.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Hg. Spang (Zentr.), der ausführt, er habe bei seinen Ausführungen über den Professor Hoche, diesem keineswegs seine staatsbürgerlichen Rechte beschnitten wollen, wird kurz nach 7 Uhr die Sitzung abgebrochen. Der Präsident gibt noch den Eingang verschiedener Interpellationen bekannt. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 24. Jan., vormittags 9 Uhr, statt. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung und Zustimmung.

Die sozialdemokratische Landtagsaktion

brachte in der gestrigen Sitzung des Landtags folgende Interpellation ein:

„Ist der Gr. Regierung bekannt, daß mit dem 1. Februar d. J. eine weitere Beschränkung des Tabak-Handels eintritt, wodurch eine große Anzahl Tabakarbeiter und Arbeiterinnen geschädigt resp. arbeitslos werden?“

Welche Maßnahmen gedenkt die Gr. Regierung zu tun, um die beteiligte Arbeiterchaft vor einem Notstande zu bewahren?“

Neues vom Tage.

Die Gräfin auf dem Schmuggel. Vor dem Landgericht in Arnheim (Holland) wurde dieser Tage verhandelt gegen die Gräfin van Platen, geborene Barone von Alden zu Nibberstedt, wohnhaft in Berlin, im Hause des Unterstaatssekretärs v. Stumm. Am 13. Oktober 1917 kamen in Zebenaar (holländische Grenze und Jollstadt) 11 Koffer mit dem Gepäc der Gräfin an. Im Laufe des Tages wurde die Zollbehörde in Zebenaar durch einen Beamten des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten im Haag telephonisch unterrichtet, daß die Gräfin ankommen werde und es wurde ersucht, an ihr keine Lebensversicherung vorzunehmen und sie mit Achtung zu behandeln. Auch der deutsche Konsul kündigte telegraphisch die Ankunft der Dame an. Doch es zeigte sich, daß auch von anderer Seite die vornehme Reisende die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatte, denn gleich darauf meldete sich bei der Zollbehörde der Brigadefeldkommandeur der Igl. Gendarmen aus Arnheim, der mitteilte, daß er beauftragt sei, eine besondere Untersuchung des gräflichen Gepäcks vorzunehmen. Als die Gräfin nachmittags in Begleitung ihrer jungen Tochter und deren Gouvernante ankam, brachte sie noch weiter fünf Gepäckstücke mit. Die Gräfin wehrte sich zwar, unter Berufung auf die aus dem Haag eingelaufenen Anweisungen, gegen die Untersuchung, aber es half nichts. Und so kam denn heraus, daß in den Koffern eine große Menge Schmuggelware im Gesamtgewicht von hundert Kilo verborgen war. Alles, was nur eckig war, kam zum Vorschein, dazu noch eine große Anzahl neuer Schuhe, 100 neue Saugflaschenschmuller, ein großer Teil Kleiderstoffe und Leibwäsche, zusammen einen Betrag von einigen tausend Gulden darstellend. Die entdeckten Gegenstände wurden beschlagnahmt. Zu erwähnen ist noch, daß an demselben Nachmittage eine Schwester der Gräfin mit ähnlichem Gepäc ankam, das ebenfalls beschlagnahmt wurde. Wie man sieht, ist das Schmuggeln aus Holland nicht ohne Gefahr, selbst für solche Leute nicht, die sich des Schutzes holländischer Minister und deutscher Konsule zu erfreuen haben. Hier lotstets allerdings nur den Verlust der Schmuggelware; was das Gefängnis betrifft, so scheint die Gräfin in Sicherheit zu sein. Andern Leuten, die nächstens auf verbotenen Wegen schmuggeln, drohen größere Gefahren. Täglich melden die holländischen Zeitungen von Schmugglern, die erschossen wurden oder an elektrisch geladenem Draht ein plötzliches Ende fanden.

Theater und Musik.

Großherzogliches Hoftheater.

Erstaufführung: Baumeister Solneh.
Baumeister Solneh, dieser ganz späte Iffsen, fand spät den Weg zum Karlsruher Hoftheater. Nicht so spät, als daß das Schauspiel — so lautet sein Titel — als daß der große, gebildetensichere und ruhige Dialog Solneh-Gilde, der in seiner psychologischen Verästelung die ganze erdgebundene übrige Handlung mit seinen eigenen Farben bestrahlt, inzwischen überholt, inzwischen gar veraltet wäre. Der Abstand vom Dichter hat, wenn irgendwo, gerade hier genügt. Ein rührendes, mit selbstbetruerischem Wühlen in der Psyche fast tragisch verschweibtes Werk zeigt es nach vorwärts und rührt Probleme auf, die dem gealterten Dichter hier handwerklich das Bauen schwer gemacht haben. Probleme, die nach ihm von der jüngeren Generation mit der Kühnheit der Werbenden zum Kampfgeschrei erhoben worden sind.

Ein Mytium (im erweiterten Sinne) vom Schicksal der Jugend des Alters an der Jugend, losgelöst von der Realität einer fest umrissenen Handlungskönnte das Solneh-Schauspiel sein, wäre es nicht auf jüdischem Grund und Boden entstanden. So aber gilt es Iffsen zu spielen, jenes Mytium einer fiedern, irdenden Psyche aber fühlen zu lassen, und darum das Ganze nicht nach Regeln zu messen, nach denen es nicht gebaut ist, es vielmehr aufzunehmen als die unter schweren Wehen erfolgte Fleischwerdung eines großen und wichtigen Bewusstseins.

Solneh gegenüber tritt Gilde Wangel, dem Alter die Jugend, und wir fühlen, daß mit ihr Willensstärke gepaart mit einem eigentümlichen Eudismus, antreten zur Auseinandersetzung zum Kampfe, der kommen mußte. Wie fühlen die Tragik dieses großen Baumeisters, dessen Leid und dessen Größe bei keinem Menschen seiner Umgebung und ausschließlich nur in Gilde Wangels Seele mitschwingen, widerstrahlen in dem äußerlich klaren Bild der Jugend, zu der er, der die Jungen immer unten hielt, egozentrisch in seiner Art und der Art seines Aufstiegs

über Leiden den Kontakt längst verlor. Zwischen ihrem Willen und seinem Willen klappt der Abgrund und fordert Solneh als Opfer.

Handlung und Symbolik, metaphysische und naturalistische, sogar auch pathologische Züge sind zusammen in dieser eigenartigen Dichtung verwoben, in der allein schon das Auftreten der Hauptperson Gilde Wangel, wie unter dem Zwange einer Hypothese, einer über die Spanne von Jahren hinaus wirkenden hypochondrischen Willensäußerung des Solneh erfolgt, motiviert ist. Es ist schließlich unmöglich, daß eine Aufführung alle Wesenszüge eines solchen Werkes zum Aufblatzen bringen kann. Die Karlsruher Erstaufführung, die Herr Rienschel leitete, war darum vornehmlich auf zwei Dinge bedacht, auf die Heraushebung des gesprochenen Wortes und auf die diskrete Einstellung der Stützgestalten zugunsten des Paars Gilde-Solneh — notgedrungen mit dem Schwerpunkt auf letzterem. In einer zweideutlichen Jungenerziehung, die leider auf Fortdenkungen in Bild und Bewegung ganz verzichtete, machte sie den gefestigten und der Aufnahmefähigkeit dienlichen Eindruck des Wohlzivilisierten, und es bleibt deshalb besonders rätselhaft, wie an der gleichen Bühne, die sich heute mit Iffsen besetzt, morgen mit dem Tritan Bewunderung verschafft, nur wenige Tage davon getrennt eine mehr als schobdrige Rabenkettenin und eine, unter guter gesanglicher Einzelleistungen beängstigt verwahrloste (und durch einen unzureichenden Gast weiterhin noch getrübt) Lindine auch nur gebildet werden kann.

Daß die Baumeister-Aufführung nicht zu einem einheitlichen Ganzen werden konnte, vor schon darin begründet, daß mit zwei Darstellerinnen der Verlust des Umkleens in ein anderes Fach gemacht werden mußte. Mit Hl. Müller, die Alene in schlichten Tönen spielte, gelang das überraschend gut, weniger mit Hl. Holm in der wesentlich kniffligeren Aufgabe der Gilde, wo sie freilich restlos interessiert und mit den Früchten fleißigster Transplantierarbeit aufwartete, ohne natürlich, vom fleißigen Wohlherkommend, fürs erste Mal gleich mit Sicherheit die Richtung zu finden, die hier über Iffsen zu Strindberg führt. Das — man

darf schon sagen — Kunststück eines als Charakter völlig geschlossenen Solneh hatte Herr Paschen zu Wege gebracht, der damit eine Leistung von hoher künstlerischer Potenz schuf und selbst dort noch Menschenbarteller blieb, wo die Gedanken, die „Teufelschen“ bei Iffsen eigentlich über dem Menschen hinauswachsen. Er vermachte es, das Irreale ins Pathologische hinüberzuspielen und blieb im übrigen im Rahmen der Karlsruher Auffassung, die ich, was durch Hl. Holm ganz auf das erfüllende Tragödienhafte eingestellten Abschluß anlangt, nicht völlig teile, ohne mich deshalb aus der Schar derer entfernen zu wollen, die schon am Abend der Aufführung ihrem nachhaltigen Dank und ihrer Anerkennung für die geleistete künstlerische Arbeit Ausdruck gaben.

Sanenlevers Drama „Der Sohn“, eine expressionistische Dichtung von fühner schöpferischer Potenz, ist im Mannheimer Hoftheater zum erstenmal öffentlich aufgeführt und unter H. Reicherts Regie zu nachhaltigem Eindruck gebracht worden. Ein Mannheimer Blatt hat im Zusammenhang mit der Aufführung dieses Dramas aus der jüngeren deutschen Dichtergeneration ein Austauschgespräch zwischen Karlsruhe und Mannheim angeregt (von Karlsruhe aus etwa mit Rabels „Aam“), ein Gedanke, der nicht mehr neu, aber entschieden beherzigenswert ist.

Die Gärtnerin aus Liebe von W. A. Mozart ist in der Neuauflage von H. Rudolphs, die am Sonntag in Karlsruhe zur Erstaufführung kommen wird, als erste Folge einer Sammlung „Praktische Neuausgaben älterer Musikwerke“ im Musikverlag Hierfuß-München soeben erschienen. Der von Fritz Haas besorgte Klavierauszug ist geschmackvoll gestaltet, mit Angaben der Instrumentierung versehen und bringt neben dem Literaturnachweis als Beigabe noch einen Familien-Theaterzettel von der Frankfurter Erstaufführung des heiteren Werkes im Jahre 1789, wo das Stück unter dem Titel „Das verheiratete Gärtnermädchen“ gegeben wurde.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 24. Januar.

Die Ablieferung der Küchenabfälle. Das städtische Nach...

Die Entschädigungsfrage der Waffen- und Munitionsfabri-

Arbeiter-Jugend. Jeden Donnerstag, abends von 8-10

Die sogenannten verbotenen Anlagen der Stadt, das Gas-

des Anlagekapitals bei den drei Werken zusammen beanprucht

Das Eisenkreuz 2. Klasse hat erhalten Max Gräber aus

Dichterbend Lütjohann. Es sei nochmals auf den heute Abend

Das Eisenkreuz 2. Klasse hat erhalten Max Gräber aus

Letzte Nachrichten.

Berlin, 23. Jan. Amtlich. Neue U-Bootsverluste auf dem

Auffände in Frankreich. Berlin, 24. Jan. In Lyon und St. Etienne brachen

Zur Friedensbewegung. Berlin, 24. Jan. Wie der Berliner Volksanzeiger

Der „Vorwärts“ meint, man erwarte, daß der Reichs-

Wendeter Ausfall in Oesterreich-Ungarn. Wien, 23. Jan. (Wiener Corr.-Büro.) Nachdem schon vor-

Proportionalwahlrecht in England. London, 23. Jan. Das Oberhaus hat mit 182 gegen 42

Die Not beginnt auch in England. London, 23. Jan. Reuter. Die neuen vom Lebensmittel-

Briefkasten der Redaktion. F. W. Bell. Amt. Unseres Wissens singt Caruso meistens

Auf zur Goldankaufsstelle! Für unsere Wärmeladefabrik suchen wir zum sofortigen

Bekanntmachung. Die Liste derjenigen Gewerbetreibenden, die für die Be-

Bekanntmachung. Fundfächer. (Städtische Straßenbahn)

Bekanntmachung. wegen Zuteilung von Baumwollnähfäden

Bekanntmachung. Diejenigen Kleinhändler, Bearbeiter oder Anstalten,

Turnverein Aue, e. V. Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet

Wir suchen zum alsbaldigen Eintritt eine größere Anzahl gelernte Dreher.

Geübte Einlegerinnen für Buchdruck sofort gesucht.

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe (Stadt. Arbeitsamt Karlsruhe)

jüngere Burschen und Mädchen. Arbeitsbuch und Eintrittskarte mitbringen.

Nächste Badische Krieger-Geldlotterie. Ziehung am 1. Februar

Nähmaschine. sehr gut nähend, billig zu verkaufen.

Naturheilkunde. Bilz ob. Platen (antiqu.) zu kaufen gesucht.

Freie Turnerschaft Karlsruhe. Nachruf.

Heirat. Weiterer Witwer, mit gutem Auskommen,

Heirat. Weiterer Witwer, mit gutem Auskommen,